

P R O T O K O L L  
der 430. Sitzung des Grossen Gemeinderates

---

Datum	Dienstag, 22. November 2022
Zeit	19.30–21.45 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Lauper Reto
Mitglieder	Arn Daniel, Bähler Simon, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Buff Ronald, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Grossen Gaby, Grossenbacher Franziska (ab 19.40 Uhr), Grütter K. Urs, Gubler Matthias, von Gunten Adrian, Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Jordi Kevin (ab 19.45 Uhr), Künti Karin, Legler Bettina, Legler Vanessa, Lucas Christoph, Lütolf Roland, Mäder Renate, Meichtry Helena, Messerli Patricia, Reimers Markus, Schmitter Beat, Schnyder Kathrin, Spycher Christian, Walter Thut, Zaccaria Angelo, Weibel Raphael, Zloczower Emanuel
Stimmzählende	Koelbing Martin, Gashi Hilmi
Vertreter des Gemeinderates	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Klopstein Carole, Lack Stephan, Siegenthaler Muinde Gabriele, Wegmüller Beat
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Marti Thomas, Leiter Umwelt und Verkehr
Entschuldigt abwesend	GGR: Arnold Luc Bircher Laura Gantner Barbara Siebenrock-Häberli Charlotte Stein Kaspar
Protokoll	Schweizer Corinne

Traktanden

1.	Protokoll der Sitzung vom 25. Oktober 2022	439
2.	Ersatzwahlen	439
	A) 1. Vizepräsidium des Grossen Gemeinderates für 2022	
	B) Planungs- und Verkehrskommission	
	B1) Ersatzwahl	
	B2) Wahl Präsidium	
3.	Geschäftsordnung Grosser Gemeinderat; Totalrevision	440
4.	Reglement über die Gemeindeabgabe auf Strom und Gas; Spezialfinanzierung «Förderprogramm Klima und Energie»	449
5.	Kenntnisnahme Klima- und Energiestrategie	456
6.	Einfache Anfrage Grossenbacher (Grüne): Energiesparen im Winter 2022 mündliche Beantwortung	459
7.	Einfache Anfrage FDP-Fraktion betr. Energiesparmassnahmen mündliche Beantwortung	459
8.	Informationen des Gemeinderates und der parlamentarischen Kommissionen	459
9.	Neue parlamentarische Vorstösse	460

Der Vorsitzende: Ich begrüsse Euch zur 430. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR), der letzten in diesem Jahr. Ich begrüsse ebenfalls die Mitglieder des Gemeinderates (GR), die Berichterstatter der Medien sowie die Gäste.

Für die Abstimmungen werden die abgegebenen Stimmkarten verwendet.

Damit eröffne ich die eigentliche Sitzung. Es sind derzeit 34 (recte 33) Ratsmitglieder anwesend. Wir sind somit beschlussfähig. Zwei Ratsmitglieder treffen in Kürze ein.

Gashi Hilmi wird von den Grünen als Ersatz für den abwesenden Stimmzähler Kaspar Stein vorgeschlagen.

*Dieser Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.*

### **Traktandenliste**

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Der Vorsitzende: Ihr findet heute auf Euren Pulten Spitzbuben. Das hat verschiedene Gründe. Einerseits beginnt bald die Weihnachtszeit und dies ist unsere letzte Sitzung im Jahr. Wie Ihr auf der Verpackung seht, ehren wir damit das lokale Schaffen. Es handelt sich um ein lokales, hiesiges, sehr unterstützungswertes Gewerbe, die Konditorei-Confiserie «Chez Esther». Ich kann sie nur empfehlen. Die Spitzbuben wurden von Esther Gurtner hervorragend produziert. Sie wurden mir sogar bis vor meine Haustüre geliefert, weil ich in Zeitnot war.

Ein Hinweis zur Audioqualität: Beim Rednerpult wurde ein zusätzliches Aufnahmegerät aufgestellt. Wir erhoffen uns davon eine bessere Aufnahmequalität als an der letzten Sitzung.

## **1. Protokoll der Sitzung vom 25. Oktober 2022**

Der Vorsitzende: Das Protokoll wurde am 4. November 2022 im Nachversand zugestellt. Gibt es Bemerkungen oder Anträge auf Abänderungen?

Bettina Legler (FDP): Auf S. 434, bei meiner Motion, steht im letzten respektive im vorletzten Satz: «An der geplanten dritten Sitzung erwarten wir nun konkrete Lösungen, die rasch in die Realität umgesetzt werden» – sollten! Es fehlt «sollten».

### Beschluss

Das Protokoll wird mit der Korrektur von Bettina Legler genehmigt.

## **2. Ersatzwahlen**

### **A) 1. Vizepräsidium des Grossen Gemeinderates für 2022**

Die SP Muri-Gümligen schlägt anstelle der zurückgetretenen Eva Schmid zur Wahl als 1. Vizepräsidentin für den Rest des Jahres 2022 vor:

Künti Karin, Theologin und interkulturelle Mediatorin, Kranichweg 22  
3074 Muri bei Bern

*Dieser Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.*

Beschluss

Als 1. Vizepräsidentin des Grossen Gemeinderates wird für den Rest des Jahres 2022 einstimmig gewählt:  
Karin Künti, Muri bei Bern, SP

*Karin Künti nimmt die Wahl an und wechselt auf das Podium. Applaus.*

**B) Planungs- und Verkehrskommission**

**B1) Ersatzwahl**

Die Schweizerische Volkspartei Muri-Gümligen schlägt anstelle des per 31. Dezember 2022 zurücktretenden Urs Brantschen (Präsident der PVK) für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2024, als Mitglied der Planungs- und Verkehrskommission vor:

Aeschbacher Hans, dipl. Landwirt, Hintere Dorfasse 11  
3073 Gümligen

*Dieser Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.*

Beschluss

Als Mitglied der Planungs- und Verkehrskommission wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2024, einstimmig gewählt:  
Hans Aeschbacher, Gümligen, SVP

**B2) Wahl Präsidium**

Die Schweizerische Volkspartei Muri-Gümligen schlägt anstelle des per 31. Dezember 2022 zurücktretenden Urs Brantschen für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2024, als Präsident der Planungs- und Verkehrskommission vor:

Aeschbacher Hans, dipl. Landwirt, Hintere Dorfasse 11  
3073 Gümligen

*Dieser Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.*

Beschluss

Als Mitglied der Planungs- und Verkehrskommission wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2024, einstimmig gewählt:  
Hans Aeschbacher, Gümligen, SVP

**3. Geschäftsordnung Grosser Gemeinderat; Totalrevision**

Der Vorsitzende: Am 19. Oktober 2021 wurde ein überparteilicher Antrag einstimmig genehmigt, der das Büro des GGR beauftragte, eine Totalrevision der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (GO GGR) unter Einbezug aller Fraktionen zu erarbeiten und dem Parlament so rasch wie möglich vorzulegen. Wir bringen das Geschäft heute, ein gutes Jahr später, aufs Tapet. Die politischen

Mühlen mahlen nicht immer am schnellsten. Aber sie haben sauber gemahlen. Am 24. Februar 2022 traf sich die hierfür ins Leben gerufene Ad-hoc-Kommission erstmals. Anlässlich dieser Sitzung wurde Emanuel Zloczower als Präsident der Kommission gewählt. Er hat daraufhin alle Sitzungen geleitet und die Totalrevision bis zum aktuellen Stand geführt. Am 10. November 2022 erfolgte ein zweiter Versand des Entwurfs der GO GGR, und zwar ohne Variante zu Art. 46. An dieser Stelle möchte ich Emanuel für die getane Arbeit danken. Er hat die Kommission sehr gut geleitet. Die Sitzungen waren spannend, und wir haben viel und intensiv besprochen. Er behielt jederzeit den Überblick und trieb die Beratung voran. Auch dank ihm legen wir Euch das Geschäft noch in dieser Legislatur vor.

Emanuel Zloczower spricht für die Ad-hoc-Kommission: Vielen Dank für die Blumen, die ich gerne gleich zurückgebe. Wir konnten den vorliegenden Vorschlag an drei Sitzungen der Ad-hoc-Kommission erarbeiten. Es wäre nicht möglich gewesen, diesen Entwurf heute vorzulegen, wenn sich nicht alle Mitglieder immer eingesetzt und geholfen hätten, am Wortlaut zu feilen. Ich gehe nicht auf Einzelheiten ein, weil ich davon ausgehe, dass wir später noch darüber sprechen werden oder Ihr der Botschaft bereits einiges entnehmen könntet. Kurzfristig wurden zwei Anträge eingereicht, einer von der Fraktion FDP, einer vom GR. Darauf gehe ich allenfalls später ein.

Ich bin gespannt auf die Diskussion und hoffe, dass wir die GO heute Abend verabschieden können. Dies auch in der Hoffnung, dass wir in Zukunft den Grund, weshalb wir diese GO erarbeiten mussten oder wollten, nicht erleben werden. Wir wollen keinen erneuten Lockdown, wegen dem wir uns online beraten müssen, sondern wollen uns auch weiterhin treffen können. Noch einmal merci vielmals allen Mitgliedern der Ad-hoc-Kommission.

*Eintreten wird nicht bestritten.*

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Zuerst Fraktionserklärungen, anschliessend abschnittsweise oder artikelweise Detailberatung der totalrevidierten GO GGR und weitere Wortmeldungen; über Anträge wird bei der Beratung der jeweiligen Artikel abgestimmt.

*Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

#### Fraktionserklärungen

Martin Koelbing (forum): Das forum dankt der Arbeitsgruppe für die sorgfältige Arbeit und stimmt der vorliegenden Verordnung zu. Wenn man die Küste von England vermisst, hat man zwei Möglichkeiten. Man kann es sich einfach machen – links, rechts, oben, unten, zack, zack, zack, fertig –, aber das Resultat hat viele Lücken. Man kann es auch kompliziert machen und jede kleinste Bucht mit vermessen. Aber das Resultat ist eine Unendlichkeitsrechnung, und man verliert sich im Uferlosen. Mit unserer GO ist es genau gleich. Wir hätten es uns ganz einfach machen können: Vier Seiten, nur das Wesentlichste. Das Resultat wäre etwas, das immer dann, wenn man eine GO braucht, Lücken aufweist. Das ist unbrauchbar. Umgekehrt könnte man, und das wäre vielleicht die Versuchung eines redefreudigen Parlaments, jetzt noch alles Mögliche reinpacken, das irgendwann einmal in der GO einer Berner Gemeinde stand. Das Resultat wäre Uferlosigkeit.

Die vorliegende GO trifft unserer Meinung nach den Mittelweg zwischen der Skylla der Vereinfachung und der Charybdis der Uferlosigkeit gut. Es ist ihr zu wünschen, dass sie ihren Dienst genauso lange versehen wird, wie die heute noch gültige GO, die nun nach 22 Jahren aus dem Verkehr gezogen wird.

Angelo Zaccaria (SP): Letzten Sonntag wurde der Schweizer Buchpreis verliehen. Die Voraussetzungen für den Gewinn dieses Buchpreises fasst die Jury so zusammen: sprachliche Raffinesse; herausragende poetische Gedankenbilder; innovativer Stil; Sätze, die berühren. Es ist nicht sonderlich verwunderlich, dass die totalrevidierte GO den Preis am Sonntag nicht gewann. Wie man mit der Sprache umgeht, ist etwas, das wir von der SP-Fraktion bei der Totalrevision ein wenig bemängeln und womit wir auch hadern. Wir hätten uns vielleicht etwas mehr Poesie und weniger Pragmatismus gewünscht. Wieso zum Beispiel nicht einmal das Risiko eingehen und die Präsidenten-Anrede gendern? Wieso nicht die Juristensprache reduzieren und etwas weniger verklausuliert schreiben? Wieso nicht etwas raffinierter und klarer formulieren? Deshalb unterstützen wir den Antrag der FDP-Fraktion, der genau das verlangt: Komprimieren und klarer formulieren. Aber das ist natürlich Jammern auf hohem Niveau. Es ist vielleicht auch gar nicht so angebracht. Denn eine GO muss funktional bleiben und politisch breit abgestützt sein, wie Martin gesagt hat. Die Ad-hoc-Kommission hat einen sehr guten Job gemacht und einen stimmigen Kompromiss zusammengeschustert. Ein solches Flickwerk ähnelt immer etwas Frankensteins Braut, die nicht so gut aussieht, aber stehen und gehen kann. Das ist das Wichtigste. In diesem Sinn unterstützt die SP-Fraktion die Empfehlung der Ad-hoc-Kommission und stimmt der Totalrevision zu.

Daniel Arn (FDP): Poesie ist toll, aber in der GO hat sie eigentlich nichts zu suchen. Aber für dich, Angelo, war der Entwurf immerhin schon etwas farbig und hatte auch hellblaue Stellen. Das ist immerhin schon etwas. Eine GO ist nichts, das man einfach so macht. Sie soll funktionieren. Wenn es bei uns einmal ein Durcheinander gibt, soll man sich darauf besinnen können, was drinsteht. Von dem her finden wir es schon sehr wichtig und haben uns auch Zeit genommen, das zu prüfen. Vielleicht waren wir am einen oder anderen Ort auch etwas zu genau. Aber es dient schlussendlich genau dem: Wenn es einmal nicht funktioniert und es ein Problem gibt, soll man darauf zurückgreifen können. Ich danke der Kommission unter einer sehr kompetenten Führung herzlich. Denn diese GO ist etwas, das später relevant ist. Man nimmt sie nur hervor, wenn man sie wirklich braucht, weil man Ärger hat.

## **Detailberatung**

### 1. Abschnitt Allgemeine Bestimmungen: Art. 1–10

Keine Bemerkungen

### 2. Abschnitt Präsidium: Art. 11

Keine Bemerkungen

### 3. Abschnitt Büro: Art. 12–16

Keine Bemerkungen

### 4. Abschnitt Ratssekretariat: Art. 17–18

Keine Bemerkungen

### 5. Abschnitt Kommissionen: Art. 19

Keine Bemerkungen

### Art. 20

*Antrag Eugster (FDP) zu Abs. 3 (neu)*

<sup>3</sup> *Der Grosse Gemeinderat kann die GPK beauftragen, ein besonderes Geschäft zu prüfen. Ein oder mehrere Mitglieder können einen solchen Prüfauftrag beantragen. Sie reichen den Antrag zu Händen der GPK schriftlich beim Ratsbüro ein. Die GPK beantragt dem Grossen Gemeinderat das weitere Vorgehen.*

Simon Eugster (FDP): Auf die Gefahr hin, dass ich Frankensteins Braut nun auch noch ein Augenlid implantiere, weise ich auf ein grundsätzliches staatspolitisches Problem hin. Vielleicht ist es auch nur mein Problem. In Art. 34 schränkt man den GGR ein wenig ein, und zwar wird seine Funktion als Legislative, die Aufsicht über die Exekutive auszuüben, eingeschränkt. Die Legislative darf dem GR nur noch auf die Finger klopfen. Dafür gibt es die GPK. In Art. 20 wird beschrieben, was die GPK tut. Ich beantrage einen zusätzlichen Abs. 3, der besagt, dass die GPK durch den GGR beauftragt werden kann, ein bestimmtes Geschäft zu prüfen. Dass ein oder mehrere Mitglieder einen Prüfauftrag verlangen können, kennen wir heute schon bei Motionen, Postulaten oder Interpellationen. Die GPK kann sich dann zum Antrag äussern und dem Rat beispielsweise beantragen, dass der Antrag zurückgezogen wird. Wenn der GGR darauf eintritt, ist der Antrag abgeschrieben. Das ist mein Vorschlag.

Der Vorsitzende: Dieser Antrag liegt uns bisher nicht schriftlich vor. Deshalb bitte ich Simon, den Antrag mündlich zu wiederholen.

*Simon Eugster trägt seinen Antrag erneut mündlich vor.*

Emanuel Zloczower spricht für die Ad-hoc-Kommission: Auch dieser Antrag wurde relativ kurzfristig gestellt, wie die anderen auch. Wir haben in der GPK schon einmal kurz angedacht, wie das sein könnte. Ich schlage dem GGR vor, dass man den Antrag nicht annimmt, aber das Anliegen aufnimmt und bei einer allfälligen Teilrevision einbringt. Ich bin, ohne dass ich mit der Ad-hoc-Kommission Rücksprache genommen habe, der Meinung, dass wir damit die Büchse der Pandora öffnen, ohne genau zu wissen, worauf es hinausläuft. Es ist kein Vorschlag, der grundsätzlich schlecht ist. Aber man muss ihn sich im Detail anschauen, um ihn beraten und darüber befinden zu können. Mein Vorschlag lautet deshalb: Ablehnen und in einer allfälligen Teilrevision einbringen.

Martin Koelbing (forum): Ich lege Euch noch einmal das Bild von Skylla und Charybdis ans Herz. Die anderen dürfen zuhören, aber jetzt spreche ich nur zu Euch Liberalen: Liberal wäre, wirklich nur das Nötigste zu machen und den Mitgliedern der GPK ein Urteilsvermögen zuzutrauen. Sie sprechen mit den Leuten. Wenn die Stimmung so ist, dass es brodelt, sagen sie von sich aus, sie müssten etwas tun. Man kann und soll nicht alles regeln. Das lege ich Euch Liberalen ans Herz.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Ich habe aus zwei Gründen etwas Mühe mit diesem Antrag. Erstens wegen der Kurzfristigkeit. Ich war, ehrlich gesagt, etwas erstaunt, gab es aus dem Rat nicht mehr Anträge zur GO. Ich war darauf vorbereitet, dass noch welche eingehen, die man genau prüfen und sich eine Meinung dazu bilden kann. Das ist für mich nun aber wirklich etwas kurzfristig. Andererseits sehe ich ehrlich gesagt auch nicht den Zusammenhang. Simon hat zu Beginn den Zusammenhang zu Art. 34 gemacht, in dem die Motion genauer definiert und auch etwas enger gefasst wird. Aber was hat das damit zu tun, dass man der GPK eine verstärkte geschäftsprüfende Funktion zuschanzt? Deshalb werde ich heute Abend einem solchen Antrag nicht zustimmen. Vielleicht ist die Idee prüfenswert, aber dann kann man es, wie erwähnt wurde, in einer zweiten Runde fundiert prüfen.

Daniel Arn (FDP): Ich habe es eigentlich nicht sagen wollen, denn wir schiessen einander gegenseitig nicht ins Knie, überhaupt nicht. Aber weil Du dich an die ganze liberale Ecke gewendet hast, Martin, möchte ich anfügen, dass wir nicht ganz derselben Meinung sind wie unser Kollege Eugster. Das kann es geben. Wir haben den Eindruck, die Aufgaben der GPK seien definiert und sie könne jederzeit ein

Geschäft prüfen. Es soll kein politischer Auftrag aus dem Plenum sein, dass die GPK ein Geschäft zu prüfen hat. Wir haben das in der Fraktion diskutiert, und der grösste Teil wird den Antrag nicht unterstützen.

Der Vorsitzende: Zur Kurzfristigkeit: Das ist erlaubt. Dieser Einwand soll hier nicht gelten. Der Antrag ist inhaltlich zu bewerten.

Patricia Messerli (forum): Ich finde auch, dass er sehr kurzfristig eingereicht wurde. Ich finde als Juristin insbesondere, dass es wichtig ist, dass man das noch etwas genauer prüft. Art. 19 Abs. 4 sieht vor, dass die Aufgaben der GPK in der Gemeindeordnung festgehalten werden. Meines Wissens ist man nun daran, diese zu überarbeiten. Wenn dieser Bedarf wirklich besteht, könnte man allenfalls in Zusammenhang mit der Überarbeitung der Gemeindeordnung prüfen, ob es so wichtig ist, dass es in der Gemeindeordnung und nicht im nachgelagerten Reglement, der GO GGR, steht. Denn damit hat es eigentlich nur am Rand etwas zu tun. Wenn es in der Gemeindeordnung einen speziellen Artikel zu den Aufgaben der GPK gibt, müsste eine solch wichtige neue Aufgabe meiner Meinung nach auch in die Gemeindeordnung aufgenommen werden. Deshalb lehne ich den Antrag ab.

Simon Eugster (FDP): Das ist eine gute Idee. Ich ziehe meinen Antrag zurück.

*Der Antrag Eugster wird zurückgezogen.*

*Keine weiteren Bemerkungen.*

#### Art. 20 (Fortsetzung)

Antrag Held (FDP) zu Abs. 1:

<sup>1</sup> Die Geschäftsprüfungskommission tritt in der Regel vor jeder Sitzung des Grossen Gemeinderates zusammen, ferner auf Einladung ihrer Präsidentin oder ihres Präsidenten oder auf Ersuchen zweier Mitglieder. Das ~~Rats~~Sekretariat wird durch die Gemeindeschreiberei geführt.

Lorenz Held (FDP): Es geht in diesem Artikel um eine Kommission. Deshalb sollte es wohl nicht Ratssekretariat heissen, sondern es geht um ein Kommissionssekretariat.

Emanuel Zloczower spricht für die Ad-hoc-Kommission: In der alten Version steht Sekretariat. Das wurde möglicherweise in Ratssekretariat verschlimmbessert. Ich schlage vor, den Antrag anzunehmen.

Der Vorsitzende: Der Antrag lautet, dass man Ratssekretariat in Kommissionssekretariat abändert.

Emanuel Zloczower spricht für die Ad-hoc-Kommission: Es müsste so lauten wie ursprünglich vorgesehen, nämlich das Sekretariat.

*Keine weiteren Wortmeldungen.*

#### Abstimmung

Der Antrag Held (FDP) wird einstimmig angenommen.

Art. 20 Abs. 1 lautet somit:

<sup>1</sup> Die Geschäftsprüfungskommission tritt in der Regel vor jeder Sitzung des Grossen Gemeinderates zusammen, ferner auf Einladung ihrer Präsidentin oder ihres Präsidenten oder auf Ersuchen zweier Mitglieder. Das Sekretariat wird durch die Gemeindeschreiberei geführt.



Art. 21–23

Keine Bemerkungen

6. Abschnitt Beratung: Art. 24

Keine Bemerkungen

Art. 25 Abs. 1–2

Keine Bemerkungen

Art. 25 Abs. 3

Antrag Gemeinderat:

~~<sup>3</sup> Der Gemeinderat kann traktandierete Geschäfte und Anträge bis zur Genehmigung der Traktandenliste zurückziehen.~~

Eventualantrag Gemeinderat:

~~<sup>3</sup> Der Gemeinderat kann traktandierete Geschäfte und Anträge bis zur Genehmigung der Traktandenliste zurückziehen.~~

Ist Eintreten beschlossen, kann der Gemeinderat das Geschäft nicht mehr zurückziehen.

Thomas Hanke spricht für den Gemeinderat: Vorab entschuldige ich mich für die Kurzfristigkeit. Asche auf mein Haupt. Wenigstens weiss Emanuel von diesem Antrag. Aber es ist wohltuend, wenn der Gemeinderat sich auch einmal während der Debatte oder kurz davor zu einem Entscheid durchringen und ihn einbringen kann. Es geht um Art. 25 Abs. 3. Wir beantragen, dass er ersatzlos gestrichen wird.

Eventualiter schlagen wir Euch eine andere Formulierung vor: «Ist Eintreten beschlossen, kann der Gemeinderat das Geschäft nicht mehr zurückziehen.» Ich begründe zuerst den Hauptantrag zur ersatzlosen Streichung. Die bisherige Praxis, nämlich die Möglichkeit des Rückzugs eines Geschäfts durch den GR in extremis während der Beratung, hat sich in den Augen des GR sehr bewährt. So würde er auch eine Beibehaltung der bisherigen Regelung sehr begrüessen. Jedes Mitglied des GGR hat die Möglichkeit, seinen Vorstoss bis zur Schlussabstimmung zurückziehen. So gesehen ist es für den GR nicht nachvollziehbar, weshalb er seine Geschäfte und Anträge nicht ebenso bis zu diesem Zeitpunkt sollte zurückziehen können.

Karin und ich haben arg nachgeforscht, aber in meiner Amtszeit gab es nur ein einziges Mal ein Geschäft, das wir zurückzogen. Das war bei der ersten Schrebergarten-Vorlage am Hiltyweg. Es gab noch drei weitere Geschäfte, die zurückgezogen wurden, aber immer schon vor der Sitzung des Parlaments. Gerade die Erinnerung an die zitierte Schrebergarten-Übung zeigt, dass es unter besonderen Umständen – ich betone, unter besonderen Umständen – wenig Sinn macht, wenn der GR eines seiner Geschäfte nicht zurückziehen kann, nachdem er wenigstens eine Eintretensdebatte mitverfolgen konnte. Er würde so etwas sicherlich nicht leichtfertig tun. Wenn schon wird er dies tun, um mit einem verbesserten und/oder besser abgestützten Vorschlag neu anzutreten. Dies meine Begründung zum Hauptantrag.

Für den Fall, dass das Parlament unserer Argumentation nicht folgen kann, stellen wir den Antrag, Art. 25 Abs. 3 anders zu formulieren: «Ist Eintreten beschlossen, kann der Gemeinderat das Geschäft nicht mehr zurückziehen.» Die Traktandenliste wird schon gemäss bisheriger und nun auch gemäss neu vorgeschlagener GO nicht genehmigt. Es wird nur die Vorfrage gestellt, ob Einwände bestehen. Das ist aber nicht dasselbe, sondern spielt im Hinblick auf eine allfällige spätere Beschlussanfechtung eine Rolle. So kann ein Parlament unsere Geschäfte nicht über die

Traktandenliste – entschuldigt den Ausdruck – bodigen. Es kann erst beim einzelnen Geschäft ein Nichteintreten beschliessen. Wenn schon müsste man also dem GR den Rückzug verbieten, sobald auf ein Geschäft eingetreten wurde. So bleibt wenigstens die Eintretensdebatte übrig, um einen Eindruck zu gewinnen. Mindestens bis zu diesem Zeitpunkt sollte der GR seine Geschäfte und Anträge auf jeden Fall zurückziehen können. Eine solche Regelung kennt übrigens auch das Parlament von Köniz.

Art. 25 Abs. 3 ist in unseren Augen in der vorgeschlagenen Form nicht zielführend und sollte entweder gestrichen werden, was uns besser gefallen würde, oder anders formuliert werden.

Emanuel Zloczower spricht für die Ad-hoc-Kommission: Der Antrag des Gemeinderates ist der Ad-hoc-Kommission nicht ganz unbekannt. Er wurde uns bereits gezeigt. Die Ad-hoc-Kommission hat den Artikel jedoch ganz bewusst so beantragt, wie er heute vorliegt. Denn die Kommission oder Teile davon hatten den Eindruck, man solle nicht zuerst die Temperatur messen und danach vielleicht das Geschäft zurückziehen können, damit es nicht gebodigt wird, um Deine Worte zu brauchen, Thomas. Auch die Kommission hat eher kontrovers darüber diskutiert, kam heute bei der Vorbesprechung aber zur Überzeugung, dass sie an ihrem Antrag festhalten will. Das heisst, wir lehnen den Hauptantrag des GR ab. Über den Eventualantrag haben wir noch nicht gesprochen. Je nach Ausgang der Abstimmung zum Hauptantrag werde ich ein kurzes Timeout beantragen.

Daniel Arn (FDP): Ich lehne diese Streichung ab, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Erstens bestimmt der GR die Traktandenliste und bereitet die Geschäfte vor. Dann gehen wir davon aus, dass diese Geschäfte auch dementsprechend abgestimmt sind. Man muss schlüssig sein, und wenn man den Eindruck hat, das Geschäft sei noch nicht reif, lässt man es besser bleiben, oder man spricht sich im Vorfeld mit den Fraktionen ab. Wenn das Geschäft vorbereitet wurde und in den Rat kommt, soll es auch behandelt werden. Andernfalls könnte man ein Geschäft zurückziehen, wenn man sieht, dass es kritisch wird. Das gilt für beide Seiten. Ich finde, das ist nicht der richtige Weg. Denn wir sind schlussendlich ein Parlament. Man bereitet sich auf die Geschäfte vor. Es geht darum, dass man eben auch einmal etwas versenkt oder eben gutheisst. Der GR bestimmt die Traktandenliste, der GR bereitet das Geschäft vor und bringt es dann, wenn er sicher ist. Sonst soll man es eben nicht bringen. Danach soll es im Parlament behandelt werden und im dümmsten Fall auch gebodigt werden. Aber that's life.

*Keine weiteren Wortmeldungen.*

#### Abstimmung

Der Antrag Ad-hoc-Kommission zu Art. 25 Abs. 3 obsiegt gegenüber dem Streichungsantrag des GR einstimmig.

Emanuel Zloczower spricht für die Ad-hoc-Kommission: Ich beantrage ein kurzes Timeout, damit wir uns beraten können.

*Der Ordnungsantrag Zloczower (Ad-hoc-Kommission) wird stillschweigend angenommen.*

*Kurze Unterbrechung.*

Emanuel Zloczower spricht für die Ad-hoc-Kommission: Wir haben uns beraten und verstehen den formellen Aspekt, den uns der GR vorlegt, dass das Parlament die Traktandenliste gar nicht formell genehmigt. Aber wir befinden immerhin ganz zu Beginn mit einfachem Mehr über eine Ergänzung der Traktandenliste. Wir sind der Meinung, das wäre für den GR der richtige Moment, heikle Geschäfte zur Ergänzung zu bringen oder nicht. Um es kurz zu machen: Die Ad-hoc-Kommission ist der Meinung, dass wir weiterhin nicht möchten, dass man in einer Diskussion den Puls fühlt und danach in der laufenden Debatte dem Parlament den Verhandlungsgegenstand entziehen kann. Deshalb beantragt die Ad-hoc-Kommission, auch den Eventualantrag abzulehnen.

Thomas Hanke spricht für den Gemeinderat: Ich gebe Emanuel recht. Dem Gemeinderat ist es nach der vorherigen Abstimmung nicht mehr möglich, den Puls zu fühlen und während der Debatte ein Geschäft zurückzuziehen. Das ist erledigt. Jetzt haben wir einfach einen juristischen Streit. Das Parlament genehmigt die Traktandenliste nicht. Wenn wir schon eine Revision machen, stört mich eine Formulierung, die nicht Sache ist. Sobald Eintreten beschlossen ist, ist fertig. In der Sache selbst kommen wir beide auf dasselbe. Aber es wäre dann einfach kongruent mit allen Bestimmungen, wie eine solche Beratung erfolgen soll. Trotz dem klaren Votum der Ad-hoc-Kommission mache ich beliebt, es wenigstens juristisch korrekt zu machen, wenn wir schon dran sind.

Emanuel Zloczower spricht für die Ad-hoc-Kommission: Die Gemeindegemeinschafterin schlägt eine Formulierung vor, mit der man die Bedenken beseitigen und den Zwist lösen könnte. Auch juristisch sollte es damit keine Fallen mehr geben.

*Antrag Ad-hoc-Kommission «Variante Gemeindegemeinschafterin» (neu)*

*<sup>3</sup> Der Gemeinderat kann traktandierete Geschäfte und Anträge bis zur Genehmigung der Traktandenliste Eröffnung der Sitzung zurückziehen.*

Der Vorsitzende: Hältst Du am Eventualantrag fest, Thomas?

Thomas Hanke spricht für den Gemeinderat: Wenn dieser Antrag angenommen wird, ziehen wir unseren zurück. Ich möchte einfach eine Formulierung, die klar ist und funktioniert.

Der Vorsitzende: Ich halte fest, dass Thomas seinen Antrag zurückzieht und nun der Antrag der Ad-hoc-Kommission in der neuen «Variante Gemeindegemeinschafterin» zur Diskussion steht.

Emanuel Zloczower spricht für die Ad-hoc-Kommission: Nein, nicht ganz. Wir müssten erst unseren Antrag zur Abstimmung bringen.

Daniel Arn: Der andere Antrag wurde zuvor bewilligt. Es braucht eine Gegenüberstellung.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Der Hauptantrag wurde abgelehnt. Jetzt geht es um den Eventualantrag. Diesen müsste man nun eigentlich zur Abstimmung bringen. Er wurde aber abgeändert, die Formulierung der Gemeindegemeinschafterin wurde übernommen.

Emanuel Zloczower spricht für die Ad-hoc-Kommission: Thomas hat gesagt, wenn dieser Antrag angenommen werde, ziehe er den Eventualantrag für den GR zurück. Deshalb müssen wir zuerst über die neue Formulierung befinden.

*Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Der ursprüngliche Antrag der Ad-hoc-Kommission wird dem neuen Antrag der Ad-hoc-Kommission «Variante Gemeindeschreiberin» (neu) gegenübergestellt. Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

Abstimmung

Der Antrag Ad-hoc-Kommission «Variante Gemeindeschreiberin» (neu) obsiegt gegenüber dem ursprünglichen Antrag der Ad-hoc-Kommission einstimmig.

Art. 25 Abs. 3 lautet somit:

<sup>3</sup> Der Gemeinderat kann traktandierte Geschäfte und Anträge bis zur Eröffnung der Sitzung zurückziehen.

*Der Eventualantrag des Gemeinderates wird zurückgezogen.*

Art. 26–33

Keine Bemerkungen

7. Parlamentarische Vorstösse und Jugendmotion: Art. 34 Abs. 1

Keine Bemerkungen

Art. 34 Abs. 2

*Antrag FDP.Die Liberalen:*

*Der Wortlaut von Art. 34 Abs. 2, zweiter Satz, ist wie folgt anzupassen:*

*Motionen betreffen können nur über Gegenstände eingereicht werden, die nicht in den ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates gehören.*

Daniel Arn (FDP): Jetzt sind wir bei der besagten kleinen Bucht. Aber gleichwohl haben wir uns darüber unterhalten, denn wir nehmen die Sache ernst. Wir begründen den Antrag wie folgt: Wird ein Vorschlag eingereicht, muss ihn jemand entgegennehmen, und das würde heissen, dass jemand entscheiden muss, ob das geht oder nicht. Dann müsste man ebenfalls angeben, wo eingereicht wird und wer entscheidet. Wir schlagen eine elegantere Formulierung vor, damit die Einreichung nicht infrage gestellt werden kann.

Emanuel Zloczower spricht für die Ad-hoc-Kommission: Die Ad-hoc-Kommission empfiehlt diesen Antrag zur Annahme.

*Keine weiteren Wortmeldungen.*

Abstimmung

Der Antrag FDP.Die Liberalen obsiegt gegenüber dem Antrag Ad-hoc-Kommission einstimmig.

Art. 34 Abs. 2 (zweiter Satz) lautet somit:

<sup>2</sup> [...] Motionen betreffen Gegenstände, die nicht in den ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates gehören.

Art. 34 Abs. 3–4, Art. 35–41

Keine Bemerkungen

8. Abschnitt Abstimmungen und Wahlen: Art. 42–54

Keine Bemerkungen

9. Abschnitt Regionalkonferenz: Art. 55–57

Keine Bemerkungen

## 10. Abschnitt Schlussbestimmungen

Keine Bemerkungen

Emanuel Zloczower verzichtet für die Ad-hoc-Kommission auf ein Schlusswort.

*Kein Rückkommen.*

Beschluss (35 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Die totalrevidierte Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates wird gemäss vorgelegtem Entwurf mit den beschlossenen Änderungen in

Art. 20 Abs. 1

Art. 25 Abs. 3

Art. 34 Abs. 2

erlassen und per 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt.

#### **4. Reglement über die Gemeindeabgabe auf Strom und Gas; Spezialfinanzierung «Förderprogramm Klima und Energie»**

Bernhard Häuselmann spricht für die GPK: Der Auslöser für dieses Geschäft ist ein Entscheid des Bundesgerichts. Wir müssen deshalb mit dem Reglement eine rechtliche Grundlage schaffen, wenn wir die Gemeindeabgabe auf Strom und Gas weiterhin wollen. Eine zweite Auflage zu diesem Geschäft ist, dass man die Stellungnahme des Preisüberwachers einholen muss. Dieser wiederum empfiehlt, wenig überraschend, dass wir keine solche Abgabe einziehen sollten. Der Gemeinderat folgt dieser Empfehlung, auch dies wenig überraschend, nicht. Er will die Abgabe weiterhin erheben. Neu sollen die rund CHF 0,5 Mio., die man jeweils einnimmt, aber in eine Spezialfinanzierung für ein «Förderprogramm Klima und Energie» eingelegt werden. Dieses Programm steht in Zusammenhang mit der «Klima- und Energiestrategie», die später am Abend ebenfalls traktandiert ist. Die Einlagen für das Förderprogramm sollen gemäss Gemeinderat immer dann erfolgen, wenn konkrete Massnahmen zu finanzieren sind. Nicht der Spezialfinanzierung übertragene Abgaben auf Strom und Gas sollen wie bisher nicht zweckgebunden im ordentlichen Haushalt verwendet werden.

Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 9. November mit Gabriele Siegenthaler und Thomas Marti diskutiert. Es haben sich im Wesentlichen drei Punkte herauskristallisiert. Erstens die zweckgebundene Verwendung der Abgaben über diese Spezialfinanzierung. Zweitens die Zuweisung der Kompetenz für diese Einlagen an den GR. Dazu hat der Preisüberwacher gesagt, wenn man diese Abgaben schon einziehe, müsse das Parlament über eine Zuweisung befinden können. Das will man nicht. Drittens die Einlagen, die parallel zur Entwicklung des Förderprogramms erfolgen sollen. Das heisst, man legt dann Geld ein, wenn man auch wirklich Massnahmen umsetzen will. Das ist alles der Stand vom 9. November. Damals kamen wir in der GPK zum Schluss, dass man auf das Geschäft so eintreten kann und wir empfehlen, den Antrag anzunehmen.

Nach dem 9. November ging ein Antrag ein, bei dem die Spezialfinanzierung sequenziell alimentiert werden soll. Das heisst, man legt zuerst Geld ein und setzt danach Massnahmen um. Das ist zu diskutieren. Das tangiert aus Sicht der GPK das Eintreten nicht. Aber wir lassen eine Empfehlung weg.

Gabriele Siegenthaler Muinde spricht für den Gemeinderat: Der Sprecher der GPK hat bereits ein paar wichtige Dinge gesagt, die ich zu ergänzen versuche. Dieses

Geschäft geht zurück auf die Legislaturplanung und hat zwei Teile, die gesetzliche Grundlage und die Äufnung der Spezialfinanzierung. Bei der gesetzlichen Grundlage haben wir uns entschieden, nicht nur eine Stromabgabe, wie wir sie aktuell kennen, rechtlich abzusichern, sondern auch eine allfällige zukünftige Gasabgabe. Das ist das Erste, das wichtig ist. Das Zweite ist, dass wir die aktuellen Gebühren nicht verändern. Der Gemeinderat wird in seiner Verordnung die aktuelle Regelung übernehmen. Sprich, falls es irgendwann einmal eine Gasabgabe gäbe, wäre das sicher nicht jetzt. Wichtig ist auch, dass die Einnahmen auf der Stromabgabe im aktuellen Zustand vollumfänglich in den Allgemeinen Finanzhaushalt gehen. Sie werden nicht speziell zugeteilt. Wenn man eine Änderung vornimmt, hat das einen Einfluss auf das Ergebnis des Allgemeinen Finanzhaushalts.

Zur Prüfung des Preisüberwachers: Sie haben es gehört, wir sind insbesondere wegen der Gasversorgung verpflichtet, den Preisüberwacher zu begrüssen. Das haben wir getan. Der Preisüberwacher hat eine Empfehlung abgegeben. Er hat das Recht dazu, aber diese Empfehlung hat keinen bindenden Charakter. Wir sind aber verpflichtet, dazu Stellung zu nehmen und bewusst zu entscheiden, ob wir dieser Empfehlung folgen wollen oder nicht. Der Gemeinderat hat Rechtsanwalt Sterchi, der uns bei diesem Geschäft bereits beraten hat, gebeten, sich zur Empfehlung des Preisüberwachers zu äussern. Der Preisüberwacher hat zwei Dinge gesagt. Erstens, man solle gar keine Abgabe machen. Zweitens soll nicht der Gemeinderat im Rahmen einer Vorgabe über die effektive Höhe der Abgabe im Rahmen einer Vorgabe entscheiden, sondern das Parlament selbst müsse die effektive Abgabe beschliessen. Beides haben wir nach der Stellungnahme von Beat Sterchi verworfen. Denn es entspricht nicht der rechtlichen Praxis, wie sie vom Bundesgericht gestützt wurde. Wir sind der Meinung, dass wir ein Recht haben, eine solche Konzessionsabgabe vorzusehen. Das steht auch im kantonalen Strassengesetz. Es ist eine Sonderkonzession, wenn man den Grund und Boden für die Energieversorgung nutzen kann. Wir folgen dieser Praxis. In Bezug auf das Organ, das über die effektive Höhe entscheidet, ist das Bundesgericht ebenfalls der Meinung, es sei zulässig, wenn es die Exekutive sei, solange die Legislative quasi Leitplanken festlege. Das sehen wir in unserem Entwurf denn auch vor.

Ich komme zum zweiten Teil unseres Geschäfts, die Spezialfinanzierung. Die Abgabe, die wir vorgesehen haben, würde nach dem jetzigen Vorschlag in den Allgemeinen Finanzhaushalt fliessen. Wir sehen ganz bewusst keinen Automatismus vor. Sondern wir haben gesagt, wir wollen variabel, je nach Bedarf, aus dem Allgemeinen Finanzhaushalt bis zur Höhe der Abgabe, die wir eingenommen haben, zielgerichtet Einlagen in die Spezialfinanzierung machen können. Beziehungsweise soll das zuständige kompetente Finanzorgan das tun. Je nach dem ist das der GR oder der GGR. Dieses pragmatische Vorgehen hat zwei Vorteile: Wir können die Ausgaben den effektiven Bedürfnissen des Förderprogramms anpassen. Denn wir haben im Moment keine Erfahrungswerte, wie viel Geld wir effektiv werden umsetzen können. Das hängt einerseits von den Förderatbeständen ab. Es hängt aber auch davon ab, wie stark diese nachgefragt werden, ob wir es treffen, wie gut wir es kommunizieren können und welche Bedürfnisse die Menschen effektiv haben. Ich möchte darauf verweisen, dass Ittigen vor ein paar Jahren ein relativ gut geäuftetes Förderprogramm ins Leben gerufen hat. Sie rechneten mit jährlichen Ausgaben von rund CHF 450'000 und mussten dann feststellen, dass sie effektiv wesentlich weniger ausgeben konnten. Sprich, es ist nicht ganz so einfach, das Geld auch tatsächlich sinnvoll auszugeben. Deshalb haben wir es im Sinne eines pragmatischen Vorgehens so formuliert, dass es kein Automatismus ist, sondern man versucht, die Beiträge quasi variabel anzupassen.

Zu den Eckwerten des Förderprogramms: Es ist im Moment in der Vernehmlassung und wird demnächst im Gemeinderat in 1. Lesung behandelt. Der Zeitplan sieht

weiterhin vor, dass wir es per 1. Januar in Kraft treten lassen können, sofern Ihr dem Geschäft zustimmt. Die Grundsätze sind einerseits die Wirkungsorientierung. Wir wollen das fördern, was tatsächlich eine Wirkung hat. Zweitens wollen wir es kosteneffizient abwickeln. Das heisst, wir wollen ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Drittens definieren wir möglichst Fördertatbestände, die einer breiten Bevölkerung zukommen können. Das heisst, nicht nur ein Sektor der Bevölkerung soll vorzugsweise profitieren können, obwohl es natürlich nicht möglich ist, alles zu berücksichtigen. Aber es sollte zumindest ein Anliegen sein, dass es auch etwas für Mieter hat und nicht nur für Eigentümer, um ein Beispiel zu nennen. So viel zur Spezialfinanzierung. Ich verzichte darauf, im Moment etwas zu den Anträgen zu sagen, die noch im Raum stehen. Ich werde das tun, wenn sie vorgestellt wurden.

*Eintreten wird nicht bestritten.*

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend artikelweise Detailberatung und weitere Wortmeldungen.

*Das Vorgehen wird nicht bestritten.*

#### Fraktionserklärungen

Kathrin Schnyder (SP): Die SP-Fraktion findet es sehr gut, dass mit dem vorliegenden Reglement die nötige Rechtsgrundlage für den Konzessionsvertrag zwischen der BKW und der Gemeinde Muri-Gümligen geschaffen wird. Der im Reglement festgelegte Rahmen für Gebührenabgaben erscheint sehr vernünftig. Im Weiteren begrüsst die SP-Fraktion, dass der GR angesichts der aktuell sehr hohen Energiepreise beabsichtigt, die bisherigen Gebühren und die Deckelung bis auf weiteres unverändert zu lassen. Damit wird drauf verzichtet, die Haushalte zusätzlich zu belasten. Für allfällige Anpassungen der Gebühren in der Zukunft erwartet die SP-Fraktion vom GR entsprechendes Fingerspitzengefühl. Auch in unserer Gemeinde gibt es Menschen mit engem Budget, die bereits heute stark strapaziert sind. Das «Förderprogramm Klima und Energie» ist ein wichtiges Instrument, um die Ziele der «Klima- und Energiestrategie» der Gemeinde Muri-Gümligen umzusetzen. Die Änderungsvorschläge der Grünen finden wir gut, und wir unterstützen die Alternativvorschläge trotz kurzfristiger Einreichung.

Christoph Lucas (forum): Das forum steht auch hinter dem Reglement für die Gemeindeabgabe auf Strom und Gas. Wie wir gehört haben, haben wir für die aktuelle Situation die gesetzliche Grundlage geschaffen. Auch sind die Gebühren im Vergleich zu anderen Gemeinden beim Strom absolut konkurrenzfähig, und beim Gas gehören wir zur Spitze. Da kommen wir nämlich zum Nulltarif davon, jedenfalls im Moment noch. Wir vom forum wollen aber als Gemeinde auch beim «Förderprogramm Klima und Energie» zur Spitze gehören. In Sharm el-Sheikh wurde in den vergangenen zwei Wochen einmal mehr darüber diskutiert, wie wir die Klimaziele von Paris erreichen können. Darüber reden ist gut, aber wir finden, jetzt müsse man auch einmal handeln. Die Gemeinde Muri macht nur gerade 0,18 Promille der gesamten Schweizerfläche aus, und auf der Weltkarte sind wir wohl etwas weniger als ein Sandkorn – aber ein Sandkorn mit Vorzeigecharakter. Wie wir wissen, sind wir ein Erfolgsmodell. Wir sollen und wollen weiterhin gut sein. Zudem sind wir überzeugt, dass wir mit dem Energiestadt-Label in einem gewissen Masse auch eine moralische Verpflichtung haben, mehr als das Minimum zu unternehmen, um die Gemeinde Muri-Gümligen energiepolitisch nachhaltig aufzustellen.

Aus diesem Grund unterstützen wir nicht nur die Äufnung einer Spezialfinanzierung für das «Förderprogramm Klima und Energie», sondern erachten auch den Vorstoss der Fraktion Grüne als zielführend und ganz im Sinne der Energiestrategie, die wir

später noch diskutieren werden. Denn das Klima ist kaputt, und es gibt etwas zu flicken. Lasst uns im Kleinen beginnen, sprich in unserer Gemeinde, sodass wir auch bei diesem Thema, wie schon bei den Steuern, zu den Besten im Kanton gehören. Es ist ja nicht so, dass das Geld aus der Gemeindeabgabe jedes Jahr vollumfänglich in die Spezialfinanzierung fliesst. Sondern mit diesem Vorschlag haben wir ein Instrument zur Plafonierung zur Hand. Aber dennoch ist dafür gesorgt, dass wir genug Geld haben, um in unserer Gemeinde die Klimaziele und Energiethemen angehen zu können. Wir vom forum unterstützen deshalb nicht nur den Antrag zur Genehmigung des Reglements, sondern auch den Antrag der Grünen.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Danke, Christoph, Du hast unseren Antrag eigentlich schon sehr schön begründet. Ich möchte Euch kurz sagen, wie es dazu kam. Wenn man sieht, was international läuft, beispielsweise jetzt wieder an der Klimakonferenz, muss es einem zu denken geben. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren, sondern müssen die Weichen jetzt stellen. Wir begrüßen deshalb die «Klima- und Energiestrategie», über die wir noch sprechen werden, und auch das Förderprogramm. Mit diesem stellt eben nicht nur die Gemeinde die Weichen richtig, sondern es nimmt auch die Wirtschaft und die Gesellschaft in unserer Gemeinde mit auf den Weg Richtung Klimaschutz.

Wir stellen den Antrag, dass das Geld, das man mit der Gemeindeabgabe einnimmt, grundsätzlich in die Spezialfinanzierung fliesst. Damit besteht auch die Planungssicherheit, dass wir jährlich mit CHF 0,5 Mio. Einlagen in die Spezialfinanzierung rechnen können. Wir finden natürlich ebenfalls nicht sinnvoll, dass das Sonderkässeli beliebig geäufnet wird. Wenn es doppelt so viel Geld drin hat, wie jährlich neu hinzukommt, wird dieses Geld nicht mehr weiter eingelagert, sondern fliesst in den Allgemeinen Finanzhaushalt. Wir legen nicht beliebig Geld ein, sondern es muss dem Gemeinderat auch gelingen, die Fördergelder an die Wirtschaft und Gesellschaft zu bringen. Aber wir finden diese Änderung wichtig als Signal, dass es jetzt darum geht, dass in unserer Gemeinde alle möglichst rasch die Weichen Richtung Klimaschutz richtig stellen. Dafür braucht es nicht nur Strategien, es braucht nicht nur Förderprogramme, sondern es braucht eben auch Geld.

Bevor ich mich auch gleich noch zum Alternativvorschlag äussere, sage ich noch etwas zur Kurzfristigkeit. Unseren Antrag haben wir letzten Donnerstag Karin, Gabriele und auch allen Fraktionspräsidenten geschickt. Heute erhielten wir eine Rückmeldung des Gemeinderates mit Anpassungen und einem Alternativvorschlag. Dieser will grundsätzlich inhaltlich genau dasselbe wie wir. Es gibt materiell keine Änderung. Unser Antrag wurde aber von mehreren Juristen geprüft, damit es auch wirklich funktioniert. Deshalb sind wir mit dem Alternativvorschlag einverstanden. Wir ziehen unseren Antrag zugunsten des Alternativvorschlags zurück beziehungsweise übernehmen diesen

## **Detailberatung**

### Art. 1

Keine Bemerkungen

### Art. 2 Abs. 1–2 und Abs. 4

Keine Bemerkungen

### Art. 3

Keine Bemerkungen



Art. 2 Abs. 3 und Art. 4

Alternativvorschlag Grüne (neu)

Art. 2 Abs. 3

~~<sup>3</sup> Die Gemeindeabgaben fliessen in den allgemeinen Finanzhaushalt. Der Gemeinderat legt die Höhe der Gemeindeabgabe innerhalb der Vorgaben gemäss Absatz 1 und 2 fest.~~

Art. 4 Einlagen, Verzinsung

~~<sup>1</sup> Die Einlagen in die Spezialfinanzierung werden aus dem allgemeinen Finanzhaushalt entnommen.~~

Die Spezialfinanzierung wird geäuftet durch

- a. Erträge aus den Gemeindeabgaben gemäss Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 2,
- b. allfällige zweckbestimmte Zuwendungen Dritter.

~~<sup>2</sup> Der Gemeinderat beschliesst die jährlichen Einlagen, unter Vorbehalt der Finanzkompetenzen gemäss Gemeindeordnung.~~

Die Erträge aus den Gemeindeabgaben werden in die Spezialfinanzierung eingelegt, solange der Bestand der Spezialfinanzierung ohne Berücksichtigung allfälliger Zuwendungen Dritter die Erträge in den vorangegangenen zwei Jahren betragsmässig nicht übersteigt.

~~<sup>3</sup> Die Spezialfinanzierung kann durch zweckgebundene Zuwendungen Dritter alimentiert werden.~~

Weitergehende Erträge aus den Gemeindeabgaben fliessen in den allgemeinen Finanzhaushalt.

~~<sup>5</sup> streichen~~

Gabriele Siegenthaler Muinde spricht für den Gemeinderat: Ich schlage vor, dass wir grundsätzlich zuerst einmal über diesen Antrag diskutieren. Denn mit der artikelweisen Bearbeitung kommen wir dem nicht bei. Ich möchte präzisieren, dass der Alternativvorschlag von den Grünen eingebracht würde. Der GR hat den Antrag der Grünen zur Kenntnis genommen und kam nach einer Diskussion zum Schluss, dass er an seinem Vorschlag festhalten will. Auf der anderen Seite sind wir offen, wenn das Parlament zu einem anderen Schluss kommt. Wir sind aber der Meinung, dass der Antrag, so wie er ursprünglich formuliert war, rechtlich nicht ganz standhält oder nicht optimal ist. Deshalb eben dieser Alternativvorschlag nach Rücksprache mit den Anwälten, wie man das am besten machen sollte. Aus Sicht des GR ist es wichtig, dass wir ein Förderprogramm haben und dass wir es finanzieren können. Das ist sowohl beim Vorschlag des GR möglich. Es ist selbstverständlich auch beim Vorschlag möglich, der nun von den Grünen eingereicht wurde.

Zweitens ist uns wichtig, dass wir als GR ein politisches Commitment haben, dass wir das Förderprogramm adäquat finanzieren wollen. Es ist nicht so, dass wir ein Förderprogramm aufstellen und dann kein Geld einlegen wollen, damit wir gespart haben. Das ist nicht der Vorschlag des GR. Der einzige Unterschied ist, und das möchten wir zu bedenken geben, dass das Geld, das wir vorweg automatisch in die Spezialfinanzierung geben, dann im Allgemeinen Finanzhaushalt fehlt. Das Budget für nächstes Jahr enthält noch keinen Betrag für das Förderprogramm, weil es noch gar nicht existiert hat. Das Budget würde nun eben belastet, je nachdem, wie viel Geld man von Anfang an tatsächlich in die Spezialfinanzierung einlegt. Der Gemeinderat stellt sich vor, dass man einmal mit CHF 100'000 startet und schaut, wie sich das Ganze entwickelt. Mit dem Alternativvorschlag wären es CHF 500'000, die wir einlegen würden. Sprich, wir haben eine Differenz von CHF 400'000, die sich auf das Allgemeine Budget auswirken würde. So viel von unserer Seite. Der politische Entscheid liegt in diesem Fall bei Euch.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Gabriele sagt, das Commitment des GR sei logischerweise da. Das stimmt für jetzt. Aber wir wissen nicht, was in drei oder vier Jahren ist. Der Mechanismus, den der GR im Moment vorsieht, ist, dass er jährlich beschliessen kann, ob er CHF 0, CHF 100 oder CHF 100'000 in die Spezialfinanzierung geben will oder nicht. Man hat die Stellungnahme des Preisüberwachers. Damit kann man machen, was man will. Aber der Preisüberwacher hat empfohlen, dass das Parlament bestimmen kann, wohin diese Gemeindeabgaben fließen. Unser Vorschlag wäre näher daran, dass die Abgabe im Grundsatz dorthin fliesst und der GR das nicht jährlich neu bestimmen kann. Unsere Gemeinde wird mit dieser Abweichung gegenüber dem Budget wohl schon eine Weile leben können.

Gabriele Siegenthaler Muinde spricht für den Gemeinderat: Ich möchte dazu zwei Dinge sagen. Erstens hat es der GGR selbstverständlich in der Hand, im Namen seiner Finanzkompetenz ab CHF 250'000 jederzeit den Beschluss zu fassen, dass man die Spezialfinanzierung zusätzlich äufnen soll. Dieses Recht habt Ihr unabhängig davon, welche Regelung wir nun wählen. Zweitens hat der Preisüberwacher nicht Stellung dazu genommen, wie man die Gemeindeabgabe verwenden soll. Er hat lediglich festgestellt, dass die Höhe der Abgabe seiner Ansicht nach vom Parlament beschliessen werden sollte, nicht vom kleinen Gemeinderat. Diese Feststellung ist also nicht ganz richtig.

Der Vorsitzende: Ich schlage vor, dass wir nun über den Alternativvorschlag befinden. Wie Ihr dem grünen Blatt entnehmen könnt, würden nicht nur Art. 4 Abs. 2 und Abs. 5 verändert, wie im ursprünglichen Antrag Fraktion Grüne verlangt wird, sondern bei Annahme des Alternativvorschlags würde nebst Art. 4 Abs. 1–4 (recte 1–3) auch Art. 2 Abs. 3 geändert.

Daniel Arn (FDP): Ziehen die Grünen ihren ursprünglichen Antrag zurück, der in der mittleren Spalte des grünen Blattes aufgeführt ist, und der GR beantragt den Alternativvorschlag? Oder stellen wir die beiden einander gegenüber?

Der Vorsitzende: So, wie ich es verstehe, haben die Grünen ihren Antrag zurückgezogen und stellen nun den Alternativvorschlag.

Daniel Arn (FDP): Stellen wir den Alternativvorschlag dem Antrag des GR gegenüber?

Der Vorsitzende: Ja, genau.

Thomas Hanke (GR): Der Alternativvorschlag ist wie der Antrag der Grünen, aber jetzt ist er juristisch korrekt. Es bleibt ein Antrag der Grünen, und der Gemeinderat hält an seinem ursprünglichen Antrag fest.

Daniel Arn (FDP): Stimmen wir Absatz für Absatz ab oder über alles zusammen?

Der Vorsitzende: Wir bringen es als Gesamtpaket zur Abstimmung.

Daniel Arn (FDP): Wie lautet der Alternativvorschlag der Grünen zu Art. 4 Abs. 5?

Gabriele Siegenthaler Muinde spricht für den Gemeinderat: Gemäss Alternativvorschlag wird Art. 4 Abs. 5 aufgehoben.

Thomas Hanke (GR): In der Zusammenstellung mit dem Alternativvorschlag auf dem grünen Blatt steht in den Fussnoten zu Art. 4: «Mit der Regelung im neu vorgeschlagenen Abs. 2 entfällt der bisherige Abs. 5.» Der Alternativvorschlag in der

rechten Spalte sieht eine Zuweisung der doppelten Gemeindeabgabe vor, in der linken Spalte findet Ihr die Variante des GR. Ein Hinweis: Art. 4 ist im Antrag GR und im Alternativvorschlag gleichlautend und sollte im Alternativvorschlag nicht aufgeführt werden.

Der Vorsitzende: Diese Abstimmung ist wichtig. Deshalb schlage ich vor, dass wir davor kurz ein Timeout machen.

*Kurze Unterbrechung.*

Der Vorsitzende: Wir sind immer noch mitten in der Diskussion des Antrags GR und des Alternativvorschlags der Grünen.

*Keine Wortmeldungen.*

Der Vorsitzende: Wir stellen den Antrag GR dem Alternativvorschlag Grüne gegenüber.

#### Abstimmung

Der Alternativvorschlag Grüne obsiegt mit 18:17 Stimmen gegenüber dem Antrag Gemeinderat.

Art. 2 Abs. 3 und Art. 4 Abs. 1–3 lauten somit:

Art. 2 Abs. 3:

<sup>3</sup> Der Gemeinderat legt die Höhe der Gemeindeabgabe innerhalb der Vorgaben gemäss Absatz 1 und 2 fest.

Art. 4 Abs. 1–3:

<sup>1</sup> Die Spezialfinanzierung wird geäufnet durch

- a. Erträge aus den Gemeindeabgaben gemäss Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 2,
- b. allfällige zweckbestimmte Zuwendungen Dritter.

<sup>2</sup> Die Erträge aus den Gemeindeabgaben werden in die Spezialfinanzierung eingelegt, solange der Bestand der Spezialfinanzierung ohne Berücksichtigung allfälliger Zuwendungen Dritter die Erträge in den vorangegangenen zwei Jahren betragsmässig nicht übersteigt.

<sup>3</sup> Weitergehende Erträge aus den Gemeindeabgaben fliessen in den allgemeinen Finanzhaushalt.

#### Art. 5

Keine Bemerkungen

#### Art. 6

Keine Bemerkungen

#### Art. 7

Keine Bemerkungen

Bernhard Häuselmann verzichtet für die GPK, Gabriele Siegenthaler Muinde verzichtet für den Gemeinderat auf ein Schlusswort.

*Kein Rückkommen.*

Beschluss (35 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Das Reglement über die Gemeindeabgabe auf Strom und Gas; Spezialfinanzierung «Förderprogramm Klima und Energie» wird gemäss vorliegendem Entwurf mit den beschlossenen Änderungen in

Art. 2 Abs. 3

Art. 4 Abs. 1–3

erlassen und per 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt.

**5. Kenntnisnahme Klima- und Energiestrategie**

Gabriele Siegenthaler Muinde spricht für den Gemeinderat: Ich halte mich kurz. Die «Klima- und Energiestrategie» ist ein Startschuss. Es ist keine Ziellinie, sondern wir sind erst am Anfang. Das Rennen ist jetzt eröffnet. Es wird vor allem darum gehen, dass wir diese Strategie nachher umsetzen. Ihr habt gesehen, dass es eine politische Absichtserklärung ist, weil wir in den nächsten Jahren den Energie-richtplan überarbeiten werden. Das braucht aber ein wenig Zeit, und wir wollten nicht so lange warten, bis wir einen politischen Pflock einschlagen. Deshalb kommt jetzt die «Klima- und Energiestrategie», die der Gemeinderat verabschiedet hat. Wir werden mit dem Start konkreter Massnahmen selbstverständlich auch nicht warten, bis wir die Energierichtplanung überarbeitet haben. Wir sind unterwegs. Mit Eurer Unterstützung werden wir in nächster Zeit an der Umsetzung der «Klima- und Energiestrategie» arbeiten. Mit dem Förderprogramm setzen wir einen ersten Punkt. Es wird nicht der einzige bleiben. Ich danke Euch für die Unterstützung und Kenntnisnahme dieser Strategie.

*Eintreten wird nicht bestritten.*

Fraktionserklärungen

Helena Meichtry (Grüne): Die Grünen nehmen die «Klima- und Energiestrategie» zur Kenntnis und danken sehr für die Erarbeitung dieses Dokuments. Wir finden es sehr wichtig, dass eine Auslegeordnung der Handlungsfelder, der Stossrichtungen und vor allem der Ziele in einem solchen Dokument klar definiert sind. Aber wie Gabriele schon gesagt hat, bringt eine Strategie allein noch nichts. Jetzt ist eine rasche Umsetzung wichtig, damit diese Ziele wirklich erreicht werden können. Das einzige in dieser Strategie, das uns etwas kritisch stimmt, ist eben die Umsetzung. Angedacht ist, dass die sektoriellen Strategien und Richtpläne angepasst werden. Wir befürchten, dass das zu lange dauern würde. Denn die Anpassung von Richtplänen dauert. Man muss zum Kanton, es braucht erneut Massnahmen, die finanziert werden müssen, man muss konkrete Budgetposten aufnehmen et cetera. Wir haben also befürchtet, dass es nur auf diese Art zu lange dauert, bis die Strategie ihre Wirkung entfalten kann. Aber wie Gabriele vorhin schon gesagt hat und wie wir auch spüren, geht in diesem Ressort etwas. Mit dem erwähnten Förderprogramm liegt sicher schon jetzt respektive ab 1. Januar ein gutes Instrument vor, um konkrete Umsetzungsmassnahmen starten zu können. An dieser Stelle möchten wir uns für die Organisation des gestrigen Podiumsgesprächs und des Werkstattgesprächs bedanken. Wir freuen uns auf ein aktives Mitwirken bei der schnellen Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen in Muri-Gümligen.

Raphael Weibel (FDP): Irgendwie ist es etwas kurios: Die einen haben in gekühlten Stadien mit Fussballspielen begonnen, weil es scheinbar draussen zu warm ist. Die anderen backen in ihren geheizten Stuben zufrieden Weihnachts-Guetzli und

«ratiburgern» darüber, ob die Wassertemperatur eines Hallenbades in unserer Gemeinde diesen Winter 27 oder doch 29 Grad betragen sollte, und hier im Saal ist es etwas kalt. Unser Gemeinderat hingegen, und das ist schön, hat aufgehört zu «ratiburgern». Er ist sich jetzt im Klaren, wie er die Klima- und Energiepolitik in den kommenden 28 Jahren – das ist eine riesige Zeitspanne, und wenn man 50-jährig ist, ist man dann schon ziemlich lange pensioniert – betreiben möchte. Das freut uns. Der Gemeinderat schreibt, dieses Papier habe den Charakter einer politischen Absichtserklärung. Das merkt man ein wenig.

Erlaubt seien mir drei Bemerkungen: Erstens ist es Zeit, dass auch unsere Gemeinde eine aktualisierte «Klima- und Energiestrategie» hat. Wir haben zwar seit dem Jahr 2010 ein Energieleitbild. Seither vergingen zwölf Jahre, und es wurde Zeit, dass man es aktualisiert. Die einzige Nachbargemeinde, die noch etwas später ist, ist wahrscheinlich Allmendingen. Auf ihrer Webseite sah ich zwar viel grüne Farbe, aber ein entsprechendes Dokument fehlte. Zweitens ist der Umfang von 10 Seiten leicht zu lesende Kost. Bravo, das ist gut so. Die Stadt Bern brauchte 65 Seiten, Worb ist mit knapp 3,5 Seiten das genaue Gegenteil. Unsere 10 Seiten lesen sich angenehm und gut. Drittens eine kritische Anmerkung oder Anregung zum Inhaltlichen. Es fehlt uns etwas Fleisch am Knochen. Wenn man sich diese 10 Seiten anschaut, sieht man, dass auf den ersten 9 Seiten Bekanntes aufgelistet wird. Die eigentliche Strategie, also die Aussagen zum gewählten Weg, um die Ziele zu erreichen, beschränkt sich dann auf eine einzige Seite. Eine einzige Seite zu den vier Kapiteln Umsetzung, Akteure, Wirkungsmessung und Finanzierung finden wir überraschend mager. Es wäre ja eigentlich gerade das Filet-Stück einer Strategie, dass man etwas konkreter sagt, was man möchte.

Wir sind uns nicht im Klaren darüber, ob der Gemeinderat, weil es eben eine politische Absichtserklärung ist, inhaltlich bewusst etwas schwammig oder etwas oberflächlich blieb. Wollte er beispielsweise bewusst nichts zur Frage der Priorisierung der Massnahmen zur Umsetzung sagen? Wird alles auf einmal oder gestaffelt gemacht? Was muss zuerst sein, was kommt später? Stockt man die Gemeindeverwaltung auf? Was bedeutet zweitens «Netto null Treibhausgase bis 2035 für die Gemeindeverwaltung» beispielsweise bezüglich Investitionen der Gemeinde in Maschinen oder Gebäude? Wenn man nämlich die wirtschaftliche Lebensdauer solcher Maschinen und Gebäude berücksichtigt – bei Maschinen sind es mindestens 15 Jahre, bei Gebäuden viel mehr –, sind wir heute schon zu spät. Was ist genau gemeint, wenn wir im Jahr 2023 «Netto null» haben sollten? Werfen wir dann eine noch funktionierende Maschine weg, weil sie dem nicht entspricht, bloss, um der Strategie gerecht zu werden?

Wir sprechen bei den notwendigen Investitionsbeträgen in unserer Gemeinde inklusive Gemeindeverwaltung und aller Privaten wahrscheinlich von zwei- bis dreistelligen Millionenbeträgen, wenn man beispielsweise schon nur die fossilen Energieträger bei den Heizungen oder der Produktion ersetzen möchte. Hat der Gemeinderat eine Vorstellung davon? Was ist das mutmassliche Preisschild dieser Strategie, und wie stellt man sich die Finanzierung dieser Investitionen vor? In der Strategie hat das Kapitel Finanzierung auf drei Zeilen plus zwei, drei Worten Platz. Das erstaunt, insbesondere, wenn man an die ökonomischen Herausforderungen der nächsten fünf oder zehn Jahre denkt. Es ist sicher eine Priorisierung zulasten irgendwelcher anderen Gemeindeaufgaben vorgesehen. Aber an welche denkt man? Oder denkt man daran, Steuern zu erhöhen oder Schulden zu machen?

Ihr seht, wir wollen nicht mäkeln, sondern sind froh, wenn man eine Energiestrategie hat. Politische Absichtserklärungen sind gut. Als Exekutive wäre man eingeladen, zu versuchen, ein Preisschild dranzuhängen, auch wenn es nur ein mutmassliches Preisschild ist. Denn die Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürger und das Gewerbe

sollen wissen, was auf sie zukommt und was sie zu stemmen haben. In diesem Sinn – Ihr habt es sicher schon erwartet: Ja, es dürfte etwas mehr sein, mit einer passenden Konkretisierung der vorliegenden «Klima- und Energiestrategie», auch wenn es am Ende mehr als 10 Seiten Umfang werden. Die FDP. Die Liberalen freuen sich auf alles Weitere. Gerne werden wir uns aktiv einbringen, wenn es um Teilstrategien und konkreten Massnahmen geht.

Bernhard Häuselmann (forum): Der Gemeinderat ist in Sachen Klima und Energie ambitioniert unterwegs. Vor allem denkt er enkeltauglich bis ins Jahr 2045. Das kommt bei uns vom forum seit 50 Jahren gut an. Wir sind sehr überzeugt von dieser Strategie. Sie ist integriert. Die Handlungsfelder wirken in Kombination miteinander, wie in einem guten Orchester auch. Bei den konkreten operativen Massnahmen kann man sicher mehr machen, wie wir schon gehört haben. Mit einem Förderprogramm steht eine Massnahme. Damit kann auf klare Ziele hin ausgerichtet, priorisiert und gesteuert werden. Das finden wir sehr gut. Vorhin haben wir gehört, dass die Konkurrenz in Ittigen nicht weiss, was sie mit dem Geld anstellen soll, das sie in der Spezialfinanzierung hat. Ich glaube, wir haben nun gute Instrumente geschaffen, damit wir der Gemeinde Ittigen zumindest in der Enkeltauglichkeit die Nummer 1 wieder abnehmen können. In diesem Sinn vom forum vielen Dank.

*Keine weiteren Wortmeldungen.*

Gabriele Siegenthaler Muinde hat das Schlusswort für den Gemeinderat: Vielen Dank für die wertschätzenden Rückmeldungen. Sie sind sehr willkommen und bestärken den Gemeinderat auf dem Pfad, den er eingeschlagen hat. Kurz etwas zu diesem Dokument beziehungsweise zum Fleisch am Knochen, das vermisst wurde. Es war ein Abwägen, wie wir vorgehen wollen. Wir haben die Möglichkeit, dass es mehr Fleisch am Knochen hat, aber dann wären wir sicher nicht jetzt mit dieser «Klima- und Energiestrategie» gekommen. Der Vorlauf wäre wesentlich länger gewesen. Wir haben beschlossen, dass wir es nicht so machen. Wir wollen jetzt lieber einmal ein Zeichen setzen. Denn in der Klimadebatte haben wir, wie wir wissen, ein Endziel, aber wir kennen noch nicht alle Massnahmen und habe noch nicht alle Ansätze und Technologien, um dorthin zu kommen. Trotzdem werden wir sie entwickeln müssen. Das ist Teil des Prozesses. Zweiten ist es ein bewusster Entscheid, nun einen politischen Rahmen zu setzen. In diesem Rahmen werden wir mit konkreten Vorschlägen kommen. Wir sind der Meinung, diese müssten auch wieder einen politischen Entscheidungsfindungsprozess durchlaufen. Gerade die ganzen Finanzierungsfragen können wir kaum in einer Strategie abschliessend beurteilen. Das wird etwas sein, bei dem wir von Mal zu Mal mit einer Ausmarchung die richtige Lösung finden müssen. Vielleicht gibt es auch Lösungen, von denen uns im Moment noch gar nicht bewusst ist, dass sie existieren. Entsprechend ist das schrittweise Vorgehen aus unserer Sicht der richtige Ansatz. Deshalb haben wir auch den Weg mit dieser Strategie gewählt, die richtigerweise gewisse Dinge noch nicht definiert.

*Von der Klima- und Energiestrategie wird Kenntnis genommen.*

**6. Einfache Anfrage Grossenbacher (Grüne): Energiesparen im Winter 2022  
mündliche Beantwortung**

*Gemeinsame Beratung der Traktanden 6 und 7.*

**7. Einfache Anfrage FDP-Fraktion betr. Energiesparmassnahmen  
mündliche Beantwortung**

Für den Gemeinderat spricht Gabriele Siegenthaler Muinde: Zuerst begründe ich, weshalb die Antwort mündlich erfolgt. Der Gemeinderat hat sein Päckchen an Energiesparmassnahmen am 31. Oktober beziehungsweise am 14. November beschlossen. Aufgrund des zeitlichen Ablaufs war es gar nicht möglich, Euch eine schriftliche Antwort abzugeben. Deshalb mache ich das heute mündlich.

Das verabschiedete Massnahmenpaket hat fünf Bereiche: Heizung, Warmwasser, Lüftung, Beleuchtung und Stromsparen. Die ganze Liste an Massnahmen, die beschlossen wurden, findet Ihr auf der Webseite der Gemeinde in der Rubrik «Aktuell». Ich picke ein paar Dinge heraus, etwa die Senkung der Raumtemperatur auf 19 Grad. Das ist wahrscheinlich etwas, das Ihr heute spürt. Mir geht es auch so. Ich denke, daran müssen wir uns alle noch etwas gewöhnen, aber heute haben wir den Anfang gemacht. Weiter wird vielerorts das Warmwasser abgestellt, wobei es Ausnahmen gibt: Tagesschulen, Kitas, Duschen und Sporthallen. Bei der Beleuchtung wird auf Aussenbeleuchtung verzichtet, die nicht sicherheitstechnisch relevant ist. Ein wenig Weihnachtsbeleuchtung wird es trotzdem geben. Der Tannenbaum vor dem Gemeindehaus wird auch dieses Jahr beleuchtet, allerdings nur bis 22 Uhr. Ebenfalls abgestellt wurde die Beleuchtung des Zick-Zack-Wegs, der durch den Wald runter zum Fähribeizli führt. Es gibt Alternativen, er muss nicht unbedingt dort sein, was die Natur sicher auch schätzen wird.

Die einfache Anfrage der FDP führt ganz konkrete Punkte auf. Zur Beschränkung von Dienstfahrten auf das Nötigste: Da sehen wir kein grosses Potenzial. Die Gemeinde hat ihr Mobilitätsmanagement bereits vor ein paar Jahren gemacht. Wir sind eigentlich schon sehr gut unterwegs. Zur Strassenbeleuchtung: Wir können nur aktiv werden, wenn der Kanton ebenfalls aktiv wird. Das ist im Moment nicht der Fall, und wir haben keine eigene Handlungsautonomie. Zum Vorziehen von energiesparenden Projekten wie Fernwärme und Strassenbeleuchtung: Wir sind bereits heute mit ehrgeizigen Zeitplänen unterwegs. Die Möglichkeit, noch mehr an der Schraube zu drehen, ist schlicht nicht vorhanden. So viel zu den konkreten Fragen. Ich hoffe, ich konnte die Anfragen befriedigend beantworten.

*Die mündliche Antwort des Gemeinderates zur einfachen Anfrage Grossenbacher (Grüne) sowie zur einfachen Anfrage FDP.Die Liberalen wird zur Kenntnis genommen.*

**8. Informationen des Gemeinderates / der parl. Kommissionen**

Markus Bärtschi spricht für den Gemeinderat: Ich knüpfe gleich bei Gabriele an. Ich möchte Euch gerne über den Stand der Umsetzung des Vorstosses zur öffentlichen Beleuchtung orientieren. Ich spreche von der Motion Siegenthaler, «Einsparpotential bei Strassenbeleuchtung realisieren». Dieses Projekt wurde seit dem Zwischenbericht vor einem Jahr einem Review unterzogen und weiter vorangetrieben, und es wurde gross. Wir, das heisst das Ressort Umwelt und Energie von Gabriele sowie das Ressort Sicherheit, Verkehr und Tiefbau, erarbeiten die Grundlagen, um alle

1500 Leuchtpunkte in unserer Zuständigkeit auf intelligente LED umzurüsten. Dabei werden explizit auch die Sonderleuchten bei den Unterführungen und Brücken einer Überprüfung unterzogen, insbesondere die Fussgängerüberführung über die Autobahn ins Saali. Sie werden prioritär saniert.

Das Projekt bedingt aber, dass der Zustand der Kandelaber und der Fundamente der Kandelaber vorgängig erhoben wird. Baufällige Kandelaber rüsten wir selbstverständlich nicht um, sondern ersetzen sie gänzlich. Wo Kandelaber zu erneuern sind, braucht es eine Standortüberprüfung, weil der Standort danach wieder für Jahrzehnte fixiert ist. Daraus wird klar, dass es Zeit braucht. Um Synergien in der Ausschreibung zu nutzen, ist beabsichtigt, die Beschaffung und Ausführung umfassend für das ganze Gemeindegebiet auszuschreiben, wobei die Möglichkeit der etappenweisen Realisierung vorbehalten bleibt. Je nach angebotenen Kapazitäten kann es sein, dass gar keine Wahl bleibt, sondern nur die etappenweise Vorgehensweise in Frage kommt. Der Gemeinderat hat Ende August das Planermandat vergeben und die nötige Erweiterung des Kredits gesprochen. Die Projektierung ist angelaufen. Der aktuelle Zeitplan sieht vor, dass dem GGR im Frühling der Realisierungskredit vorgelegt werden kann.

## 9. Neue parlamentarische Vorstösse

### **Motion Grossenbacher (Grüne), Stein (Grüne): Parkplätze für das Schulpersonal**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, die Parkordnung bei den Schulhäusern dahingehend anzupassen, dass es zu Schul- und Tagesschulzeiten dem Personal der Kindergärten, Schulen und Tageschulen vorbehalten bleibt.*

#### *Begründung:*

*Wie der Gemeinderat in seiner Antwort auf die Interpellation Stein ausführte, die am 21. Juni im GGR behandelt wurde, ist auch für ihn die Situation betreffend die Parkierung bei Schulanlagen unbefriedigend. Die Parkplätze sind oft vollumfänglich belegt bzw. überbelegt. Die Folge davon ist, dass es zu unübersichtlichen und damit gefährlichen Situationen für Kinder und Jugendliche kommt, insbesondere durch Fahrzeuge, welche neben den ordentlichen Parkfeldern abgestellt werden und gesteigert durch Elterntaxis, die wegen der genannten (Über-)Belegung auf den Verkehrsflächen zwischen den Parkfeldern anhalten bzw. warten.*

*Muri soll deshalb anderen Gemeinden folgen und die Parkplätze bei den Schulhäusern zu Schulzeiten exklusiv dem Personal anbieten. Damit kann eine Überlastung der Parkplatzareale vermeiden werden. Gleichzeitig kann den Mitarbeitenden der Kindergärten, Schulen und Tageschulen, welche Jahres- oder Tagesparkkarten zahlen, gerecht werden. Am System der «flexiblen Bewirtschaftung» soll festgehalten werden.*

Muri bei Bern, 22. November 2022

Franziska Grossenbacher, Kaspar Stein

S. Bähler, A. Zaccaria, K. Schnyder, V. Legler, S. Fankhauser, G. Grossen, P. Messerli, H. Beck, W. Thut, K. Jordi, B. Häuselmann, R. Mäder, K. Künti, M. Koelbing, H. Gashi (17)



## Mitteilungen

Der Vorsitzende: Wir verabschieden heute zwei langjährige Parlamentarier. Einerseits ist das Annik Bärtschi, die sage und schreibe seit dem 1. Januar 2010 als Mitglied des Parlaments gewirkt hat. Andererseits ist es Markus Reimers, der heute auch seine letzte Parlamentssitzung mit uns hat. Er ist seit dem 1. Januar 2013 Mitglied des GGR und hat sogar einmal zwei Jahre als Stimmzähler auf dem Podium verbracht. Die Fraktion FDP hat das Wort.

Matthias Gubler (FDP): Als wir vernahmen, dass Ihr beiden aus dem Parlament austreten werdet, waren wir zuerst natürlich enttäuscht. Aber so ist das Leben. Wir finden das zwar nicht toll. Aber Ihr habt sicher wichtige Funktionen beruflicher und privater Natur und viel zu tun. Du hast es vorhin gesagt, Reto, Ihr wart sehr lange im Parlamentsbetrieb und auch in unserer Fraktion. Ihr habt uns mitgeprägt und mitgeholfen, das Parlament zu gestalten. Mit Eurer ruhigen Art konntet Ihr jeweils die Wogen glätten. Ihr wart immer hilfsbereit und uns sehr willkommen. Für die Fraktion FDP. Die Liberalen Muri-Gümligen habt Ihr Euch stark eingesetzt. Dafür danke ich Euch im Namen der Fraktion herzlich, und ich wünsche Euch für die Zukunft alles Gute. Als kleines Andenken wollten wir für einmal nicht Wein oder Blumen schenken. Denn Wein ist schnell getrunken und Blumen verwelken. Ich fand in der Stadt einen gediegenen Brosamensammler. Ihr könnt ihn zuhause sicher verwenden. Annik hat Familie, und beim Frühstück gibt es viele Brosamen, die man damit einsammeln kann. Markus kann das ebenfalls, sei es zuhause oder in der Praxis. Es sind zwei gleichwertige Geschenke. Vielen Dank und alles Gute.

Markus Reimers (FDP): Danke, Matthias, danke Euch allen und vor allem auch dem Fraktionspräsidenten für die nicht immer schwere leichte Arbeit. Ich zog im Jahr 2004 von Bern nach Muri und wurde im Jahr 2012 gewählt. Das war für mich eine der grössten Überraschungen meines Lebens. Bis heute weiss ich nicht, wer mich eigentlich gewählt hat und vor allem wer mich wiedergewählt hat. Das ist ja das Problem. Ich war ein klassischer Hinterbänkler und blieb es auch. Ich habe in diesen zehn Jahren ganze fünf Voten zu extrem wichtigen Geschäften gehalten, und es ist mir aufgefallen, dass bei uns alle Geschäfte sehr wichtig sind. Es war eine schöne und sehr erlebnisreiche Zeit. Aber ab und zu hat die Poesie auch mir etwas gefehlt. Ich wünsche Euch alles Gute für die Zukunft. Beschränkt Euch auf das Machbare und konzentriert Euch auf das Wichtige, auch wenn ich weiss, dass nicht allen dasselbe wichtig ist.

*Applaus.*

Annik Bärtschi (FDP): Ich kann mich meinem Vorredner anschliessen. Ich bedanke mich herzlich für die Zeit, die ich hier verbringen durfte. Ich habe immer ganz besonders die überparteilich konstruktive Zusammenarbeit geschätzt. Ich danke natürlich auch unserem Fraktionspräsidenten und unserer Fraktion ganz herzlich. Merci vielmals.

*Applaus.*

Annik Bärtschi (FDP): Jetzt müssen wir noch etwas sagen.

Markus Reimers (FDP): Ja, jetzt kommt noch das Wichtigste: Ihr seid alle von mir und Annik zum Apéro eingeladen.

Patricia Messerli (forum): Heute ist der 22.11.2022, und wir haben ein Geburtstagskind unter uns, das eine Schnapszahl feiert. Ich schlage vor, dass wir, bevor wir zum Apéro gehen, Gaby Grossen ein Geburtstagsständchen halten.

Der Vorsitzende: Der Apéro wird von Annik und Markus offeriert, besten Dank. Bitte sendet die gehaltenen Voten, die Euch schriftlich vorliegen, an Karin Pulfer. Eine würdige Jahresschlussitzung geht zu Ende, besten Dank dafür. Die Sitzung ist hiermit geschlossen.

\*\*\*\*\*

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Reto Lauper

Corinne Schweizer